

das ROTE Ginkgo-Blatt

DIE LINKE. Apolda / Weimar

November 2011 - 208. Ausgabe



Der Bundesparteitag Die Linke in Erfurt

Von Dr. Gert Eisenwinder



ERFURT. Wenn sich solch eine Gelegenheit bietet, gehe ich natürlich hin, denn hier wird im Gegensatz zum Papstbesuch Zukunft geplant und auf den Weg gebracht.

Die etwa 590 Delegierten hatten sich auf eine Mammutveranstaltung eingelassen. Es galt das Programm, welches jeder Genosse bald mit den Urabstimmungsunterlagen in seinem Briefkasten finden wird, zu beschließen. Mit ausgesprochen bemerkenswerter Disziplin und unter Verzicht auf gesellige Veranstaltungen und sogar Mittagspausen, nahmen sie ihre Verantwortung an und wühlten sich durch einen Berg von 1400 Änderungsanträgen und gestalteten die Diskussionen erwachsen und nie ehrverletzend. Die Presse sah es

mit runtergezogenen Mundwinkeln, wie wir sie sonst nur von der Bundeskanzlerin kennen. Dann, endlich am Freitagabend, ein Lichtblick für die bürgerliche Presse – Die Linke gibt harte Drogen frei - !

Da man bemerkte, dass es keine Personalquerelen geben wird, war das die Schlagzeile. Die folgende Erklärung, es geht nur um die Entkriminalisierung, wurde ignoriert und so konnten wir lesen, welche „Dummheit“ sich die Linke geleistet hatte. Keine Presseerklärung wurde mehr anerkannt und wir sollten an diesem Punkt unseres Programmes durch Deutschland geführt werden wie der Pfingstochse am Nasenring.

Genosse Gregor Gysi zeigte den nicht ignorierbaren Ausweg. Der Parteitag beschloss den Ergänzungssatz ... zur Entkriminalisierung der Drogen. Damit war der Wind raus aus den Stürmen im Wasserglas der Medien und konkurrierenden Parteien.

Eine solche Veranstaltung mit einem solchen Arbeitspensum hat eher die Ausstrahlung einer Schulungsveranstaltung von Versicherungsvertretern, so dass die Organisatoren ein gutes Händchen bewiesen, erst Gesine Löttsch zu Anfang, Gregor Gysi zur Aufmunterung zur Halbzeit, Klaus Ernst im letzten Drittel und Oskar Lafontaine gegen Ende ihre Reden halten zu lassen. Besonders Gysi und Lafontaine lösten Blockaden und zeigten Perspektiven getreu dem Motto: „Wer die Massen entflammen will, muss

selbst brennen“. Ich versichere euch, die Menschen waren gefangen von beiden Rednern und haben ihre Kraft und ziel-führenden Worte verstanden. Sie haben gebrannt.

Am Ende des Parteitages stehen unser neues Programm und ein überarbeitetes Statut. Danke an alle Delegierten für ihre Arbeit und viel Glück uns allen bei der Wandlung der Gesellschaft zum demokratischen Sozialismus.

PS. Schaut auch auf den Internetseiten der Partei www.die-linke.de oder auch in youtube nach, da findet ihr alle Beiträge. Für die Genossen und Genossinnen, die keinen Rechner haben, gilt: im Büro der Marktstraße 17 besteht die Möglichkeit, Sachen auszudrucken und anzuschauen.

Auf geht's

von Frank Lange

Der neue Vorstand ist gewählt. Fast scheint es, als wäre es schon Wochen her. So viele Dinge sind bereits abzuarbeiten gewesen.

Zunächst hat sich der neue Vorstand am 18. Oktober zu einer konstituierenden Sitzung zusammen gefunden. Das Ginkgoblatt hat nach einigen personellen Wechslen eine neue redaktionelle Leitung bekommen. Am Rande des Bundesparteitages wurde die Idee für eine Veranstaltungsreihe ab Dezember formuliert und auf den Weg gebracht. Mit Maik Warz als Leiter wird nun auch unser Wahlbüro die Arbeit beginnen. Und schließlich ist für den 10. Dezember eine Gesamtmitgliederversammlung vorzubereiten.

Viele Aufgaben liegen weiterhin vor uns und müssen organisiert werden. Auf der ersten Beratung des Vorstandes wurden deshalb die Arbeitsbereiche der einzelnen Vorstandsmitglieder besprochen und festgelegt. Zur Versammlung unseres Gebietsverbandes im Dezember soll der Arbeitsplan 2012 vorgestellt und beschlossen werden. Hier werden sicherlich der Wahlkampf und die Neumitgliedergewinnung die Schwerpunkte bilden. Für 2013 gilt es den Bundes- und Landtagswahlkampf vorzubereiten.

Selbstverständlich wollen wir auch die Politik in unseren Städten und Gemeinden mitgestalten. Der Umfang der Aufgaben wird jedes Mitglied in unserem Gebietsverband und im neuen Vorstand fordern. Das gemeinsame Ziel linke Politik zu gestalten und die Gesellschaft zu verändern braucht jeden der sich einbringen möchte.



oben: Eric Friedrich, Michael Hüls, Michael Schade, Frank Lange, Dr. Gert Eisenwinder

unten: Erika Wroblewski, Monika Glimm, Alexander Bierbach, Jana Körber

Eine von Katja Seiler begonnene Analyse der BO-Struktur soll eine Gruppe derer hervorbringen, die zukünftig aktive Verteilung von Informationsmaterial und sonstige "Straßenarbeit" übernehmen. Die Leitung der Gruppe erfolgt durch Matthias Stelzer. Wir hoffen auf viele Genossinnen und Genossen, die sich in dieser Gruppe einbringen wollen.

Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit werden wir unsere Internetpräsenz ausbauen. Es wird mehr Informationen auf unserem Auftritt geben. Hier werden neben der Online-Ausgabe des Ginkgoblatt zukünftig Anträge der Fraktionen, Redebeiträge, Bilder von Veranstaltungen und Aktionen und unsere Termine veröffentlicht. Ziel ist es, die Medienkompetenz unserer Partei zu dokumentieren und diese für uns zu nutzen.

Mit Daniel Kulla eröffnen wir am 7. Dezember unsere neue Veranstaltungsreihe. Ort und Zeit werden in der nächsten Ausgabe des Ginkgoblatts und im Internet veröffentlicht. Alle sind herzlich eingeladen.

In den Vorstand wurde gewählt:

Frank Lange - Vorsitz
 Monika Glimm - Stellvertreterin
 Dr. Gert Eisenwinder - Stellvertreter
 Andrea Wischnewski - Schatzmeister
 Alexander Bierbach
 Erika Wroblewski
 Eric Friedrich
 Jana Körber
 Michael Schade
 Heidrun Sedlacik
 Michael Hüls

Pressefreiheit: Ja, aber nicht so!

Zum TA-Artikel vom 08. Oktober: „Streit mit der Chefin“

Warum darf die „Thüringer Allgemeine“ (TA) in diesem Artikel Lügen ohne Prüfung und Recherche übernehmen, anstatt seriös über den wirklichen Anlass zu berichten? Der war nämlich die Eröffnung meines neuen Abgeordnetenbüros in Apolda.

Dass ein Lokalredakteur dann nicht einmal die anwesenden Vertreter von Vereinen und Verbänden aus der Kreis-

stadt kennt, dafür aber offensichtlich alle Mitglieder und Funktionäre der Linkspartei, müsste mich ja eigentlich freuen. Tut es aber nicht, da dahinter eine böse Absicht steckt.

Und eigentlich hätte der Lokalredakteur, Herr Jäger, auch gar nicht zur Eröffnung kommen müssen, denn der Artikel war zum größten Teil mit Hilfe eines weiteren Redakteurs bereits vor-

gefertigt. Schon im Vorfeld versuchte mich dieser Redakteur zu sensationshaschenden Aussagen bezüglich des ehemaligen Büros in Kranichfeld zu bringen, was ihm aber nicht gelang, da ich mich dazu nicht in der TA auslassen werde.

Fortsetzung auf Seite 3 Mitte

LINKES Bürgerbüro in Apolda eröffnet



WEIMAR. (SRK) Am 7. Oktober war es soweit: in der Kreisstadt des Weimarer Landes wurde das Bürgerbüro der Bundestagsabgeordneten Kersten Steinke für diesen Teil ihres Wahlkreises offiziell eröffnet. Und das Interesse der Öffentlichkeit war groß, das Büro in der zentral gelegenen Teichgasse 15-17 konnte die Schar der Besucher kaum fassen: Neben Vertretern der am Ort ansässigen Bürgerbüros von SPD, GRÜNEN

und CDU überbrachten auch Vertreter der im Kreistag und im Apoldaer Stadtrat wirkenden Fraktionen ihre Glückwünsche. Kersten Steinke freute sich ganz besonders über das bekundete Interesse vieler Vereine und Einrichtungen am neuen LINKEN-Bürgerbüro: Arbeitslosenverband, Frauen- und Familienzentrum, Bürgerbündnis gegen Rechts, Sozialer Runder Tisch, Kreisverband der Gartenfreunde, Innenstadtverein und

Brunnenverein, der Verein „Prager Haus“, um nur einige zu nennen.

Die Grüße des Landratsamtes überbrachte dessen Gleichstellungsbeauftragte, Beate Wiedemann. Und auch der Bürgermeister, Rüdiger Eisenbrand (Freie Wähler), ließ es sich nicht nehmen, gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Vereins Internationale Städtepartnerschaften, Frank Schmidt, der Bundestagsabgeordneten der LINKEN seine Aufwartung zu machen. Beide informierten dabei in einem längeren Gespräch über Initiativen, die die Stadt für junge Leute attraktiver zu machen und den internationalen Schüleraustausch zu fördern. All das kam jedoch in der Berichterstattung der marktbeherrschenden Tageszeitung nicht vor.

Selbstverständlich waren auch viele, viele Genossinnen und Genossen aus dem Kreisverband, den LINKEN Kommunalfraktionen und von der Basis der Einladung zur Eröffnungsfeier ebenso gefolgt wie Landesvorsitzender Knut Korschewsky und Eric Friedrich von der linken Jugendgruppe Pecast Ja Kab aus dem Weimarer Land.

(Foto: Mähler AP)

Fortsetzung von Seite 2

Ganz anders als Herr und Frau Stöbel, die die Sensationsgier des Redakteurs gegen mich und die Linken bewusst mit Lügen spickten. Der Redakteur nahm sie ungeprüft an und ergötzte sich im Artikel zur Büroeröffnung daran.

Zur Richtigstellung zum Artikel in der TA/Weimar vom 08.10.2011:

Frau Stöbel war nicht, wie behauptet, geringfügig bei mir beschäftigt, sondern hatte eine halbe Stelle mit tarifgerechter Bezahlung.

Die Aussage im Artikel, dass es einen Mietvertrag für Kranichfeld gab, der bis zum Ende der Legislaturperiode läuft, ist schlichtweg eine Lüge.

Herr Stöbel agiert gegenüber der Presse mit einer Kopie einer nicht korrekt ausgefüllten Durchschrift des Mietvertrages, die vom Original abweicht. Die Kündigung erfolgte korrekt, da seine Frau persönlich im Beisein von vier weiteren Genossen den Passus „bis Ende

der Legislaturperiode“ gestrichen hatte. Selbst der Anwalt von Frau Stöbel schrieb in einer Erwiderung an mich, dass „... frühestens eine Auflösung des Mietverhältnisses zum 31.12.2010 möglich war.“ Und zu genau diesem Zeitpunkt erfolgte die Kündigung.

Es ist ebenso eine Unterstellung seitens der TA, ich hätte es lediglich so „dargestellt“, dass Kranichfeld nur eine Übergangslösung sei. Denn auch im Weimarer Land wurde meine Wahlkreiszzeitung „Panorama“ im März 2010 verteilt, also im Monat der Büroeröffnung in Kranichfeld, in der zu lesen war: „Eigentlich sollte das Büro in Apolda eröffnet werden, aber in der Kürze der Zeit konnte dort kein entsprechendes Objekt gefunden werden... Offen bleibt dennoch die Option auf einen späteren Umzug in die Kreisstadt Apolda.“

Frau Stöbel lügt unverschämte, indem sie (Zitat TA) „beschwört, sie habe sie (Anm.: also mich) nur als ‚Chefin‘ anreden dürfen“. Ich hätte der Presse gern

einige Mails vorgelegt, die mit „Hallo Kersten“ oder „Liebe Kersten“ beginnen.

Unterschlagen hat der TA-Redakteur aber dieses: Der Richter am Arbeitsgericht hat die Kündigung von Frau Stöbel als rechtmäßig erachtet. Und die erfolgte aus anderen Gründen und nicht aus dem Mietstreit heraus, wie es die TA im Artikel konstruiert.

Über alle anderen Eigenschaften, welche die Presse mir unterstellt, die natürlich ungenannte Parteifreunde (laut TA) geäußert haben sollen, muss jeder selbst einschätzen, ob sie der Wahrheit entsprechen.

Es bleibt: Die Eröffnung am 7. Oktober 2011 war ein voller Erfolg. Ich kam mit vielen Gästen bis hin zum Bürgermeister von Apolda ins Gespräch und werde gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen vor Ort daran arbeiten, Politik mit und für die Bürgerinnen und Bürger zu gestalten.

Eure Kersten Steinke

Linksfraktion bestimmt Stadtratsitzung

von Michael Schade, Stadtratsfraktion Apolda

APOLDA. Die Stadtratssitzung am 12. Oktober fing recht gemächlich an, Diskussionsbedarf schien bei den Ratsmitgliedern kaum zu bestehen. Trotzdem spürte man eine gewisse Unruhe in der Luft, wurden doch die beiden von der Linksfraktion im Stadtrat eingereichten Anträge im Vorfeld durch die Presse ungewöhnlich deutlich angekündigt.

So beschäftigte sich ein Antrag mit der „Deckelung des Eigenanteils der Stadt für die Landesgartenschau 2017“. Der andere Antrag zielte darauf ab, Sperrvermerke im Haushalt und Stellenplan für die Einstellung von zusätzlichen KindergärtnerInnen, auf der Grundlage des neuen Thüringer Kita-Gesetzes, auf zu heben. Gerade dieser Antrag hatte im Jugendhilfeausschuss des Kreistages bereits für Wirbel gesorgt, der die Thüringer Allgemeine zu der Schlagzeile „Michael Schade reizt Mohring“ ver-

anlasste. Die neue Kita-Bedarfsplanung für 2012 hatte nämlich festgestellt, dass in den in Trägerschaft der Stadt Apolda befindlichen Kitas Personal fehlt. So wurden die ersten 6 Tagesordnungspunkte im Schnellgang abgearbeitet.

Nun kam es zu TOP 7, und damit dem „Deckelungsbeschluss“. Nach intensiver, teilweise kontroverser aber insgesamt konstruktiver Debatte wurde schließlich dem Antrag der Linksfraktion mit großer Mehrheit statt gegeben. So darf die Stadt als Eigenanteil für die Landesgartenschau nur eine festgelegte Summe ausgeben, die unter den im Handlungskonzept für die Schau genannten ca. 15 Mio. • liegt. Nicht nur hier wies die Linksfraktion einmal mehr ihre haushaltspolitische Kompetenz nach.

Noch leidenschaftlicher, aber auch hitziger, war dagegen die Diskussion zur

Aufhebung der Sperrvermerke bei den KindergärtnerInnen. Hier waren auch ideologische Blockaden, insbesondere bei der CDU-Fraktion, nicht zu übersehen. Diese merkte wahrscheinlich, dass sie an diesem Tag wohl keine Mehrheit hinter sich bringen würde.

So erreichte die Linksfraktion zumindest eine Überweisung des Beschlussantrages zur Diskussion in den Sozialausschuss, dem im Übrigen das Mitglied der Linksfraktion, Kerstin Töpel, vorsteht.

So wurden für die ersten 6 Punkte in der Tagesordnung gerade einmal knappe 30 Minuten veranschlagt, während die beiden restlichen, von der Fraktion DIE LINKE eingebrachten Anträge mehr als anderthalb Stunden in Anspruch nahmen – für die Abgeordneten harte Arbeit – für die Stadt zwei gute Entscheidungen.



Herzlich Willkommen in unserem Kreisverband!

Alburai, Samer (27 Jahre),
12.10.2011, Weimar

Der Kreisvorstand nimmt diese Eintrittserklärung zur Kenntnis und gibt diese mit der Veröffentlichung entsprechend der Bundessatzung §2, Absatz 2 parteiöffentlich bekannt.

Ein herzliches Willkommen unserem neuen Mitglied in unserem Kreisverband.

gez. Frank Lange
Vorsitzender

Keine linke Sentimentalität

Stefan Wogawa

BLANKENHAIN. Was ich mit dem Begriff der „Weimarer Nabelschau“ der Linkspartei in einer Pressemitteilung der Kreistagsfraktion denn bloß gemeint habe, beklagte sich kürzlich ein Genosse. Und ob so viel Kritik an den eigenen Leuten eigentlich nötig sei. Sie ist es, so viel vornweg. Und die „Nabelschau“? Die Weimarer Linke, Teil eines gemeinsamen Kreisverbandes mit dem Weimarer Land, scheint immer noch eine längst von ihr abgespaltene Gruppe so wichtig zu nehmen, wie deren Mitglieder sich selbst. Sicher ist es schwer zu akzeptieren, dass da jemand auf dem Ticket der Linken in den Stadtrat (oder Landtag) gewählt wurde und dann andere Wege geht. Doch das ist Geschichte. Ständig darüber zu grübeln, bindet unnötig Kraft.

Mit Blick auf die „Neue Linke Weimar“, die hier gemeint ist, halte ich ohnehin jede linke Sentimentalität für überflüssig und schädlich – ebenso wie übermäßiges Streben nach Reibung. Nötig ist Gelassenheit, Selbstbewusstsein und nüchterne Analyse, auch wenn

es Manchem schwer fällt. Scheiden tut weh, das ist eine banale Erkenntnis, aber der Schrecken einer Zwangsgemeinschaft ohne Ende wäre weit schlimmer.

Es handelt sich bei der „Neuen Linken“ um eine konkurrierende Wählergemeinschaft (und eine konkurrierende Stadtratsfraktion) mit teils ähnlichen, teils differierenden Zielen – um nicht mehr und nicht weniger. Deren Mitglieder haben sich zu großen Teilen bewusst für eine Plattform abseits ihrer früheren politischen Aktivitäten entschieden (einzelne, schizophrene anmutende Doppelmitgliedschaften sind die Ausnahme), ihre Führungsmannschaft besteht aus vor allem nach Nutzeffekten kalkulierenden Strategen. Es sind insbesondere keine „verirrten Schafe“, die es nun zu „bekehren“ und dadurch zurück in die Linke zu integrieren gilt. Die Linkspartei in Weimar muss stattdessen mit der „Neuen Linken“ pragmatisch umgehen.

Fortsetzung auf Seite 5 unten

Gegen Isolation, Diskriminierung und Ausgrenzung

Von Reiner von Zglinicki



Proteste. Flüchtlinge aus ganz Deutschland sprachen über ihre katastrophale Situation, prangerten ihre Isolation, ihre Ängste und die Zustände in den Lagern an: Ein Leben gezeichnet von Residenzpflicht, Gutscheinen, Abschiebeandrohung, Behördenwillkür, Ausgeschlossen sein von Bildung, Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe.

Die Neufassung der Verordnung zur Residenzpflicht Anfang Juni 2011, die es Asylbewerbern möglich macht „erlaubnisfrei“ ein weiteres Territorium zu bereisen und auch eine kreisfreie Stadt zu erreichen kann nur als zynische Verhöhnung der Flüchtlinge gewertet werden.

„Isolation durchbrechen“, ein Leben in Selbstbestimmung, Würde und Freiheit für alle, sofortige Schließung aller Flüchtlingslager sind die klaren unmissverständlichen berechtigten Forderungen der Flüchtlinge.

Foto: Reiner von Zglinicki

ERFURT 1000 – 1500 Menschen fanden sich am 22. Oktober auf dem Erfurter Bahnhofsvorplatz ein, um gemeinsam gegen die verbrecherische Asylpolitik der Landesregierungen und der Bundesregierung zu protestieren. Migranten, Flüchtlinge, Flüchtlingsgruppen und –aktivisten aus dem gesamten Bundesgebiet waren angereist. Sie demonstrieren gegen jede Form von rassistischer Kontrolle durch die Polizei, protestieren gegen die Isolation, Diskriminierung der Asylbewerber in den Flüchtlingsheimen: Kontrolle ihres Privatlebens, psychische und physische Zermürbung sind an der Tagesordnung. Machtwillkür durch lokale Behördenmitarbeiter und Heimleitungen sollen jeden Protest der

Asylbewerber im Keim ersticken um sie somit möglichst unauffällig wieder abzuschieben. Ein besonderer Protest richtete sich auch gegen die sogenannte „Residenzpflicht“, die Flüchtlingen in Thüringen untersagt sich frei zu bewegen. Polizei ist tagtäglich damit beschäftigt, Menschen aufgrund ihrer äußeren Erscheinung zu kontrollieren. Die Residenzpflicht offenbart sich als Mittel zur Verfolgung jeglicher Aktivität von Flüchtlingen. Vernetzungstreffen, Demos oder Konferenzen sind von vornherein kriminalisiert. Die Residenzpflicht organisiert politische Verfolgung in Deutschland.

Die Abschaffung dieser perfiden Regelung war eines der Hauptanliegen der

Fortsetzung von Seite 4

Natürlich kann man im Stadtrat gemeinsam mit dieser Gruppe stimmen, ebenso wie mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Oder auch mit der CDU, der FDP und dem Weimarwerk – wenn die Inhalte stimmen. Richtschnur dafür muss das eigene Wahlprogramm sein. Darüber hinaus gehende Verbindungen zur „Neuen Linken“ existieren nicht. Das endlich zu begreifen ist eine Hauptaufgabe der Linkspartei in Weimar.

Die „Neue Linke“ ist da übrigens längst weiter und agiert in solchen Fragen professioneller. Sie weiß, ihre Stärke im Kommunalparlament resultiert letztlich aus dem Vertrauen, das die

Wähler einer Partei entgegenbrachten, der sie inzwischen den Rücken gekehrt haben. Man hat sich deshalb ohne Wenn und Aber für eine Unterstützung der Wiederwahl des SPD-Oberbürgermeisters Stefan Wolf ausgesprochen. Auch wenn die „Neue Linke“ das als besonders große Tat für ein in Weimar überhaupt nicht existierendes parteiübergreifendes „linkes Lager“ vermarktet (und dann an einer Stelle doch ungeschickt auf das anrühige „alternativlos“ setzt), handelt es sich eher um eine taktische Finesse, um klassisches Kosten-Nutzen-Denken. Das Szenario ist nicht einmal kompliziert: die „Neue Linke“ greift der SPD bei der OB-Wahl unter die Arme, dafür unterstützt die SPD den Kandidaten der „Neuen Linken“, das

Direktmandat zur Landtagswahl erneut zu gewinnen. Ihre Aufgabe, im Interesse der SPD und aus Eigennutz die Linke zu schwächen, erfüllt die „Neue Linke“ bisher sogar recht gut. Jede Debatte in der Linken, gegebenenfalls auf eine eigene OB-Kandidatur zu verzichten und ebenfalls Wolf zu unterstützen, erscheint deshalb absurd.

Die „Neue Linke“ ist ohnehin – durchaus tragisch – nur eine Gruppe, die alles sein will und nach der nächsten Kommunalwahl nichts mehr sein wird.

Der Autor ist Vorsitzender der Linksfraktionen im Stadtrat von Blankenhain und im Kreistag Weimarer Land.

**2. November**

Manfred Hartung, Weimar, (70.)

4. November

Regina de Reese, Weimar, (84.)

Elfriede Schnitzer, Apolda, (87.)

Dieter Block, Apolda, (64.)

7. November

Ise Platzer, Weimar, (86.)

Karl-Ludwig Wiens, Apolda, (67.)

Die AG SeniorInnen gratuliert!

9. November

Rosa Trillhose, Weimar, (80.)

Wilhelm Heyn, Weimar, (82.)

10. November

Hans-Joachim Kreuzer, Weimar,

(63.)

18. November

Dieter Schmidt, Weimar, (77.)

26. November

Walter Klammt, Weimar, (82.)

28. November

Bernd Wichmann,
Großschwabhausen, (61.)

30. November

Horst Starkloff, Weimar, (74.)

Wolfgang Klimitsch, Apolda, (77.)

Hildegard Reumann, Weimar, (86.)

3. Dezember

Peter Fritzlar, Weimar, (69.)

6. Dezember

Ottomar Rothmann, Weimar, (90)

Edwin Schröder, Blankenhain, (82.)

8. Dezember

Margot Gessinger, Weimar, (71.)

9. Dezember

Lothar Werner, Apolda, (73.)

10. Dezember

Gerd, Ghiel, Weimar, (63.)

11. Dezember

Alfred Hanf, Kranichfeld, (84.)

12. Dezember

Marie Große, Weimar (81.)

13. Dezember

Doris Hüttenrauch, Apolda (61.)

Allen Genossinnen und Genossen, die im November und Dezember Geburtstag haben, wünscht der Kreisvorstand der Partei Die Linke Apolda/Weimar Gesundheit, Glück und Erfolg im neuen Lebensjahr.

Frank Lange,

Vorsitzender des Kreisverbandes

Hände weg vom Grundschulhort

AG Schule / Bildung im Landesvorstand Die LINKE. Thüringen

Schon lange will die Thüringer CDU den Hort kommunalisieren. So sollen die Zahl der Landesbediensteten und der Umfang der Landesausgaben gesenkt werden. Ob die Kommunen mit ihrer prekären Finanzausstattung die bisherigen Angebote aufrecht erhalten können und wollen, ist fraglich. Eine Verschlechterung der MitarbeiterInnen, ihres Qualifikationsniveaus und der Ausstattung ist die Folge. Dafür werden die großen Vorteile der Einheit von Schule und Hort für den Bildungsprozess aufgegeben.

Vor Ort und im Land kämpft DIE LINKE für möglichst geringe Elternbeiträge. Perspektivisch wollen wir einen Hort ohne Gebühren. Auch hierfür ist die Landsträgerschaft wichtig, da die Kommunen je nach Haushaltslage eigene Gebühren festlegen müssen.

Eine Informationsveranstaltung mit Michaele Sojka (MdL) findet zu diesem Thema am 1.12. in Weimar statt.

Ottomar ist Ehrenbürger



[SV] Am 3. Oktober wurde unseren Genossen Ottomar Rothmann die Ehrenbürgerwürde der Stadt Weimar verliehen. Der Stadtrat würdigte damit das lebenslange antifaschistische Agieren von Ottomar Rothmann. Anhand der Biographie von Ottomar Rothmann begründete der Vorsitzende des Kulturausschusses, Genosse Dirk Möller, in der Laudatio diese Würde für Preisträger und Stadt.

Am 6. Dezember 1921 wurde Ottomar in Magdeburg geboren. Ob-

wohl er durch die mehrmalige Inhaftierung seiner älteren Brüder wusste, was mit Gegnern der Nazis passiert, beginnt er 1942 Flugblätter „gegen Krieg und damit logischer Weise gegen Hitler“ herzustellen und zu verbreiten. Nach seiner Verhaftung und Aufenthalt in Gefängnissen und im Zuchthaus kommt er in das Konzentrationslager Buchenwald.

Hier wird er Mitglied der illegalen Häftlingsorganisation. Als Schreiber hilft er Juden vor den Vernichtungstransporten nach Auschwitz zu bewahren und rettet jüdischen Häftlingen das Leben indem er im Blockbuch die Bezeichnung Jude entfernt.

Den Schwur der Buchenwaldhäftlinge - Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln - bestimmt sein Handeln bis heute. Als Zeitzeuge berichtet er vor allem jungen Menschen, wie wichtig es ist, sich gegen neue Nazis zu wehren.

Der Text der Laudatio kann auf der Internetseite „die-linke-apolda-weimar.de“ nachgelesen werden.

Foto: Hans-Dieter Hey

Die Todesmärsche 1944/45

von Reiner von Zglinicki



WEIMAR Am 21. Oktober stellte der jüdische Historiker Daniel Blatman in der Eckermann – Buchhandlung zu Weimar sein erschütterndes Buch: „Die Todesmärsche 1944/45“ vor.

Blatman ist Direktor des Avram Harman Institute der Hebrew University Jerusalem. Für sein Buch über die Todesmärsche recherchierte er 10 Jahre. Vor einer leider sehr kleinen Schar von Zuhörern stellte er den letzten Akt der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie umfassend dar: Von den Anfang Januar 1945 registrierten 700.000 Häftlingen kamen bei den Todesmärschen mindestens 250.000 ums Leben.

Ungeheuerlich und unfassbar die Tatsache, dass man die Mörder nicht mehr nur in den Reihen der SS, Polizei und Wehrmacht zu suchen hatte: Es beteiligten sich nunmehr auch Zivilisten an Massakern und der Jagd auf „Volksfeinde“. Bei den Blutorgien an den ausgehungerten Juden, Kriegsgefangenen, Sinti und Roma oder

Kommunisten mischten auch viele „normale“ Bürger mit. So auch in der Kleinstadt Celle, in der rund 300 Häftlinge vom Mob erschlagen und erschossen wurden. Auch wenn die abgerissenen Elendsgestalten auf viele Zivilisten „anders“ und „beängstigend“ wirkten, rechtfertigt das in keiner Weise die abscheulichen Verbrechen dieser pervertierten Zivilbevölkerung.

Die umfangreichen Forschungen Blatmans zu diesem gesellschaftlichen „Phänomen“ ergaben den eindeutig bedrückenden Befund: Je mehr sich der Krieg seinem Ende zuneigte, und je unübersehbarer die Präsenz der Häftlinge inmitten der deutschen Bevölkerung wurde, desto regelmäßiger beteiligten sich deutsche Zivilisten daran. So spiegelt das epochale Werk Daniel Blatmans auch die traurige Befindlichkeit der deutschen Gesellschaft am Ende des 2. Weltkrieges wider.

Foto: Reiner von Zglinicki

Bildungsreise nach Brüssel

Von Wolfgang Jäger



Eine Bildungsreise nach Brüssel auf Einladung der Europaabgeordneten Gabi Zimmer fand vom 11. bis 13. Oktober statt.

Die Fahrt im modernen Reisebus organisierte die stets aufgeschlossene Karin Schrappe in ihrer Humorvollen Art vorbildlich. Die parlamentarische Assistentin bereitete unsere Delegation auf alle Veranstaltungen bestens vor.

Wir besuchten die Thüringer Vertretung, unternahmen eine Stadtbesichtigung und nahmen an einer Parlamentsdebatte in Ausschnitten teil. Zwischenzeitlich sorgte die Schokoladenherstellung mit Fachvortrag in „Brüssels teuerster Straße“ für willkommene Abwechslung.

Eine 12. Klasse des Erfurter Heinrich-Mann-Gymnasiums beteiligte sich an der Reise.

Den Höhepunkt der Rückfahrt bildete der Aufenthalt in Köln mit der beeindruckenden Dombesichtigung.



Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentarische Fraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

IMPRESSUM: Das "Rote Ginkgo-Blatt" ist eine Monatszeitung für Mitglieder, Sympathisanten und Wähler der Partei DIE LINKE in der Stadt Weimar und im Kreis Weimarer Land. **Auflage:** 875 **Herausgeber im Eigenverlag:** Kreisverband DIE LINKE, Marktstraße 17, 99423 Weimar, **Telefon:** 03643 / 20 26 45,

Redaktion: Chefredaktion: Frank Lange (v.i.S.P.), Redaktionsleitung: Reiner v. Zglinicki, Lektorat: Julia Sieber, Gestaltung: Steffen Vogel **eMail:** ginkgoblatt@linkspost.de, **Verantw. f. Vertrieb:** Hans-Jürgen Fuchs. **Druck:** Geschäftsstelle auf Riso MZ 770 E. Namentlich gekennzeichnete Artikel und Leserbriefe stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein, allein die Autoren tragen für ihre jeweiligen Beiträge die Verantwortung. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Die **Dezember-Ausgabe** kann ab dem 29. November in der Geschäftsstelle abgeholt werden. **Redaktionsschluss:** 21. November (Zuschriften und Fotos möglichst per eMail an die oben genannte Adresse)

Termine: Stolpersteine

3.11., 19.00 Uhr

Beratung der Fraktion „DIE LINKE“ im Weimarer Stadtrat

5./6.11.

Landesparteitag, Sömmerda

9.11.

Veranstaltungen zum Gedenken an die Pogromnacht
- bitte die Hinweise in der Tagespresse beachten! -

10.11., 19.00 Uhr

Beratung der Fraktion „DIE LINKE“ im Weimarer Stadtrat

16.11., 17.45 Uhr

Sitzung des Weimarer Stadtrates, Saal der Stadtverwaltung, Schwanseestraße 17

20.11., 11.00 Uhr

Cafe Gedanken Frei, Gast: Dr. Steffen Kachel, Historiker

24.11., 19.00 Uhr

Beratung der Fraktion „DIE LINKE“ im Weimarer Stadtrat

1.12.

Hände weg vom Grundschulhort Weimar, Ort und Uhrzeit aus Tagespresse (siehe auch Seite 6)

3.12.

LiMa (Linke Medienakademie), Erfurt
- Informationen in der Geschäftsstelle -

6.12., 19.00 Uhr

Beratung Beratung Vorstand

8.12., 19.00 Uhr

Beratung der Fraktion „DIE LINKE“ im Weimarer Stadtrat

10.12.

Gesamtmitgliederversammlung DIE LINKE. Apolda/Weimar



Der Verein Prager-Haus e.V. Apolda hatte am 17. Oktober zur Verlegung von weiteren acht Stolpersteinen für Opfer des deutschen Faschismus eingeladen. Für einen der Steine, gewidmet der Schwiegermutter Bernhard Pragers, Fanny Katzenstein, hatte MdB Kersten Steinke die Patenschaft übernommen.

(Foto: SRK)

LINKE Adressen auf einen Blick

Geschäftsstelle Kreisverband DIE LINKE: Marktstraße 17, 99423

Weimar, Telefon: 03643 / 20 26 45, Telefax: 03643 / 20 26 13, eMail: die-linke-apolda-weimar@t-online.de, Öffnungszeiten: Mo. - Do. 10 bis 16 Uhr, Fr. 10 bis 13 Uhr, Sprechzeit Vorsitzender jeden Mittwoch von 16-18 Uhr
Sprechzeiten Schatzmeisterin: 1. und 3. Do. 15 bis 16 Uhr.

LINKS-Fraktion im Weimarer Stadtrat: Goetheplatz 9B, 99423 Weimar, Telefon: 03643 / 20 26 46, Telefax: 03643 / 20 26 13, eMail: info@die-linke-weimar.de, Öffnungszeiten: Di. 15 bis 18 Uhr, Do. 17 bis 18 Uhr, Sprechzeiten der Stadträte: Dirk Möller: 11. Oktober, 17 bis 18 Uhr; Dr. Dieter Eckardt: 18. Oktober, 17 bis 18 Uhr; Harald Freudenberg: 25. Oktober, 17 bis 18 Uhr; weitere Sprechzeiten: Jana Körber (Jugendhilfeausschuss): 04. Oktober, 17 bis 18 Uhr

Bürgerbüro MdB Dr. Luc Jochimsen: Marktstraße 17, 99423 Weimar, Telefon 03643 / 49 92 54, Telefax 03643 / 77 71 98, eMail lukrezia.jochimsen@wk2.bundestag.de, Öffnungszeiten: Mi./Do./Fr. 10 bis 14 Uhr

Bürgerbüro MdB Kersten Steinke: Teichgasse 15/17, 99510 Apolda, Telefon: 03644 / 5 30 44 20, Telefax: 03644 / 5 30 44 21, eMail: kersten.steinke@wk2.bundestag.de, Öffnungszeiten: Mo. u.Do. 10 bis 14 Uhr, Di. 09 bis 16.30 Uhr

Europabüro Gabi Zimmer: Geleitstraße 8, 99423 Weimar, Telefon: 03643 / 80 51 55, Telefax: 03643 / 80 51 77, eMail: europabuero-gabizimmer@t-online.de, Öffnungszeiten: Di. 10 bis 18 Uhr, Do. 14 bis 18 Uhr, Fr. 09 bis 13 Uhr.

Bankverbindung des Kreisverbandes für Beiträge und Spenden:
(Zahlungsgrund angeben) Konto-Nr. 301 013 608 bei der Sparkasse Mittelthüringen, BLZ: 820 510 00.